

Offener Brief an die Frankfurter Stadtverordneten der CDU, FAG, FDP, Ökolinx, Grünen, Linken und SPD

500 Millionen (oder mehr ?) in den nächsten 30 Jahren für PPP-Brückensanierung - Wer will das verantworten?

Ganz „demokratisch und transparent“ kommt die neue PPP - Planung der Stadt daher: Erst wurde die Presse informiert - Anfang Februar, dann ab März die Stadtverordneten und Ortsbeiräte. Allerdings sollen sie laut Presse schon Ende April dem Magistrat eine Blankovollmacht geben. Der Magistrat könnte dann jedes weitere Vorgehen, wie die 500 Millionen und mit wem umgesetzt werden, ohne Stadtverordnete entscheiden!

Aber es kommt noch besser!

Bereits im Jahr 2006 beauftragte der Magistrat das PPP - Unternehmen Alfen Consult als Berater und die Firma Lahmeyer Rhein-Main *1) „ein strategisches Konzept zur Umsetzung dieses PPP-Projektes (im Brückenbau) mit Pilotcharakter aufzustellen“ mit der Begründung:

„Leere Kassen der Kommunen zwingen diese im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung in Zukunft innovative Wege zu gehen.“!

Fakt ist aber: Von 2006 - 2008 hatte die Stadt Frankfurt noch Überschüsse von 1535 Millionen €.

Ein vergleichende Untersuchung der Kosten bei Eigenrealisierung der Brückensanierung oder PPP **durch unabhängige Berater** wurde niemals in Auftrag gegeben:

Im Kreis Darmstadt - Dieburg hingegen war das 2006 eine selbstverständliche Voraussetzung bei der Planung - und es wurde für eigenes Bauen entschieden. (FR 18.02.2010 „Wir gehen es nachhaltiger an“). Der Magistrat in Frankfurt legte sich dagegen bereits 2006 von vornherein auf PPP fest. Warum geht es in Darmstadt - Dieburg anders und hier nicht?

Welche Stadtverordneten wussten das zu diesem Zeitpunkt und behielten dieses Wissen für sich?

Da wird doch die Aussage des Magistrats, bei diesem PPP würde im Gegensatz zum letzten Geheimvertrag alles öffentlich, so richtig glaubwürdig!

Schon bei den PPP - Schulprojekten wurde deutlich: Das private Vertrags- und Wettbewerbsrecht hat immer Vorrang und führt zu Geheimhaltung der Verträge gegenüber den Bürgern und selbst gegenüber dem Parlament.

Eine öffentliche und demokratische Information und Kontrolle stellen wir uns anders vor!

Wir haben Stadtverordnete nicht dafür gewählt, dass (der größte Teil von ihnen) seine Kontrollaufgaben sofort an die Bauinvestoren - Hochtief oder Bilfinger? - abgibt. Investoren, die sich hervorragend in Hamburg, Köln oder der A1 disqualifiziert haben.

PPP- Projekte sind ein teures Finanzinstrument, mit dem die beteiligten Investoren durch den von der Stadt garantierten guten Gewinn über 30 Jahre lang machen. Die Stadt Frankfurt dagegen bezahlt nicht nur die Zinsen der Investoren mit, sondern auch ihre eigenen zur monatlichen Abzahlung. Die Stadt verliert Steuern durch Abschreibungsmöglichkeiten der Investoren. Die Kosten für Berater und Rechtsanwälte, die die Verträge mit der Stadt Frankfurt aufsetzen, werden nur bei PPP fällig, nicht bei Eigendurchführung. Zusätzlich hat der Investor eine Gewinnerwartung, die bereits eingerechnet wird in die Planung - PPP kann also nur teurer sein!

Schon beim Bildungszentrum Ostend war das Revisionsamt der Stadt Frankfurt zu einem vernichtenden Urteil gekommen. Hätte die Stadt selbst gebaut, wäre es für den Steuerzahler um 4,27 Mill. € günstiger gewesen - wobei diese Summe sich noch laufend erhöht durch die Mehrkosten aufgrund fehlender Wärmedämmung*2).

Auch in 2010 beim Brückenprojekt: „hat das Revisionsamt selbst den finanziellen Vorteil der ÖPP Maßnahme in Zweifel gezogen. Sämtliche Risikozuschläge für die ÖPP-Variante seien pauschal um 50 Prozent reduziert worden. Dadurch wurde deren finanzieller Vorteil gegenüber einer Eigenrealisierung künstlich hochgerechnet.“ (Presseerklärung Stadtrat Kessler: [HYPERLINK http://dielinke-im-roemer.de/upload/kessler/PM_2010_03_19_OEPP_Brcken.pdf](http://dielinke-im-roemer.de/upload/kessler/PM_2010_03_19_OEPP_Brcken.pdf))

Warum ist dieser neue Bericht des Revisionsamtes nicht öffentlich zugänglich?

Auch die Offenbacher PPP - Schulen verursachen jetzt schon erheblich mehr Kosten als eingeplant und sind schon nach 4 Jahren teurer als wenn Offenbach selbst gebaut hätte.

Hat denn von den Stadtverordneten jemand überlegt:

- was die Forfaitierung mit Einredeverzicht für 30 Jahre bedeutet?
- dass die Kommune bei einer Pleite des Investors entweder selbst weiter zahlen muss oder die Absicherung der Haftung gegen Risiken durch Banken teuer bezahlen muss? *3)

Der Magistrat der Stadt Frankfurt ist schon einmal **nur durch Bürgerengagement** vor den Folgen von Cross- Border-Leasing bewahrt worden - jetzt erst treffen seine Folgen viele Kommunen!

Der Stadt fehlt dieses Geld, das sie für die PPP- Brücken ausgibt, 30 Jahre lang dann an anderer Stelle für Infrastruktur, Bildung, Erziehung, Kultur. Die Investoren dagegen können fast die ganze Summe von den 500 Millionen (über 30 Jahre) - ihre Zahlungsforderung an die Stadt - an Banken verkaufen und damit die nächste Finanzblase mit bilden!

Im Gegensatz zu anderen Kommunen steht Frankfurt finanziell relativ gut da:

Die Brücken können ohne Weiteres mit kommunalen Krediten - mit niedrigen Zinsen - und unter qualifizierter ausreichender eigener Bauaufsicht gebaut werden. Wie es der Kreis Darmstadt - Dieburg hält, sollte es auch Frankfurt machen: Eine fortlaufende, gute Instandhaltung aller Infrastruktur und ein Aufbau eigener fachlicher Kompetenzen - das ist auf lange Sicht am preiswertesten und erhält die höchste Qualität.

Deshalb fordern wir : Stopp für alle PPP - Projekte in Frankfurt

- die Stadt soll selber bauen :
- dann kann sie ökologisch und mit gutem Material bauen,
- darauf bestehen und kontrollieren, dass nur fest angestellte und tariflich bezahlte MitarbeiterInnen beim Brückenbau beschäftigt werden.
- dann kann eine qualifizierte Bauaufsicht gewährleistet werden.

Der Magistrat muss öffentlich gut informieren und die Betroffenen und Bürger mit einbeziehen bei der Planung!

Bündnis gegen Privatisierung

*1) Lahmeyer- Quelle: <http://www.lahmeyer-rhein-main.de/bilder/projekte/06-0214-ppp-bruecken.pdf>

*2) Privatisierungsreport 3 der GEW:

<http://www.gew.de/Binaries/Binary58137/Privatisierungsreport3.pdf>

*3) Nachzulesen in Werner Rügemer: "Heuschrecken" im öffentlichen Raum - PPP , Anatomie eines globalen Finanzinstrumentes

V.i.S.d.P: Elke Hügel, Tiberiusstr. 19, Ffm